

Stand: 30.06.2025 12:14:54

Initiativen auf der Tagesordnung der 27. Sitzung des GP

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6983 vom 04.06.2025



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl, Andreas Hanna-Krahl, Florian Siekmann, Laura Weber, Christian Hierneis, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Barbara Fuchs, Mia Goller, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Hitze-Notfallzentrum für Bayern – Koordination „Kühler Räume“ und Hitzetelefon

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Klimaerhitzung zu extremen Hitzeereignissen führen wird, die gesundheitliche Gefahren für die Bevölkerung enorm erhöhen. Projektionen lassen befürchten, dass der Sommer 2025 erneut ein Hitzesommer wird und möglicherweise auch in Bayern eine extreme Hitze unbekannten Ausmaßes bevorstehen könnte, wie sie zum Beispiel die Menschen in Südosteuropa 2024 erleiden mussten.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein bayerisches Hitze-Notfallzentrum an der Landesanstalt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) einzurichten, das im Ernstfall in der Lage ist, bayernweit Koordination und Unterstützung bei einer regionalen und notfalls überregionalen Unterbringung und Betreuung gefährdeter Personengruppen zu leisten.

Insbesondere sollen folgende Punkte berücksichtigt werden:

- Öffentliche „Kühle Räume“ sollen in Abstimmung mit den Kommunen von der LGL identifiziert, wo nötig bei der Ausrüstung Unterstützung geleistet und zu einem „Bayernnetz – Kühle Räume“ zusammengefasst werden. Dieser Plan soll schrittweise und möglichst zeitnah den Menschen in Bayern öffentlich in mindestens digitaler Form zur Verfügung gestellt werden.
- „Kühle Räume“ für die bayerische Bevölkerung sollen sicher gekühlt bzw. ausreichend abkühlbar sein.
- Die Menschen sollen in den „Kühlen Räumen“ kostenlos mit Trinkwasser versorgt werden.
- Im Bedarfsfall soll für eine medizinische Grundversorgung gegen typische hitzebedingte Gesundheitsrisiken gesorgt werden und es soll in den „Kühlen Räumen“ eine hinreichende Anzahl kühler Schlafplätze bereitgestellt werden.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, bei der LGL auch ein bayernweites „Hitzetelefon“ einzurichten, vorwiegend als Beratungsangebot für die Bevölkerung wie auch für die kommunalen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger.

Begründung:

Laut Meteorologinnen und Meteorologen steht im Sommer 2025 für Deutschland und Bayern mit hoher Wahrscheinlichkeit erneut ein Hitzesommer bevor. Behörden, Rettungskräfte sowie Einzelpersonen sollten daher auf extreme Hitzeereignisse in den nächsten Monaten vorbereitet sein. Viele wichtige Maßnahmen zum Hitzeschutz (wie

Erstellung von Hitzeaktionsplänen, Ausbau der grünen und blauen Infrastruktur, Gebäudesanierung etc.) erfordern mittel- bis langfristiges Engagement. Es gibt jedoch auch kurzfristige Akutmaßnahmen, mit denen wir uns schnell und wirksam gegen die unmittelbar anstehenden Herausforderungen wappnen können.

Durch die Klimakrise wird Hitze auch in Bayern zu einer immer größeren Gefahr für die Bevölkerung. Ebenso wie die Durchschnittstemperaturen steigt auch die Zahl von „heißen Tagen“ mit Temperaturen über 30°C sowie die Anzahl, Dauer und Intensität von Hitzewellen. Andauernd hohe Temperaturen bergen vielfältige Risiken für die menschliche Gesundheit, insbesondere für vulnerable Gruppen wie Menschen mit Vorerkrankungen, ältere Personen, Schwangere, Säuglinge und Kleinkinder. Der Körper muss Schwerstarbeit leisten, um die Körpertemperatur konstant zu halten.

In der Folge von extremer Hitze steigt auch die hitzebedingte Sterblichkeit in der Bevölkerung. Das Robert Koch-Institut (RKI) berichtet in seinem Epidemiologischen Bulletin 19/2025 vom 7. Mai 2025, dass die Zahl hitzebedingter Todesfälle deutschlandweit im Jahr 2023 bei 3 100 und im Jahr 2024 bei 2 800 lag. Dabei wird festgestellt: „Insbesondere zeigt sich in älteren Altersgruppen ein systematischer Zusammenhang zwischen hohen Außentemperaturen und erhöhten Sterberaten.“ Nicht alle hitzebedingten Todesfälle werden dabei unmittelbar als solche erfasst: Die Fälle „reichen von Todesfällen durch Hitzeschlag bis zu komplexeren Konstellationen, etwa bei Menschen mit vorbestehenden Herz-Kreislauf-, Lungen- oder Demenzerkrankungen.“ Der Report der medizinischen Fachzeitschrift The Lancet zum Jahr 2020 (DOI: 10.1016/S0140-6736(20)32290-X) spricht sogar von mehr als 20 000 hitzebedingten Todesfällen in Deutschland allein 2018.

Hinzu kommt eine erhöhte Ozonbelastung, die zu Atemwegsbeschwerden und Kopfschmerzen führt sowie im schlimmsten Fall zu Lungenentzündungen, Atemwegs- oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen beitragen kann.

Entsprechend steigt bei Hitzewellen laut Umweltbundesamt auch die Zahl von Rettungseinsätzen. Notfalleinsatzkarten, die anzeigen, wo bei Hitzewellen besonders häufig Rettungsdienste angefordert werden, können ein nützliches Werkzeug sein (so z. B. Abbildung 10 im Hitzeaktionsplan Würzburg). Die bayerischen Rettungs- und Einsatzkräfte leisten einen unschätzbaren Beitrag zum Schutz der Bevölkerung. Daher gilt es, sie mit den notwendigen personellen, finanziellen und materiellen Ressourcen auszustatten, sowie auch ihren eigenen Schutz zu gewährleisten. Neben ausreichend Pausen und Flüssigkeitszufuhr beinhaltet dies auch gekühlte Räume und Fahrzeuge sowie nötige Schutzausrüstung. Aus diesem Grund hat die Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit einen „Musterhitzeschutzplan für den Rettungsdienst“ entwickelt. Diesen gilt es zu verbreiten, konsequent umzusetzen und nötigenfalls an die bayerischen Rettungsdienste anzupassen.

Auch die Innenräume von Gebäuden heizen sich bei heißen Temperaturen oft stark auf. Das gilt für Wohn- und Geschäftsgebäude genauso wie für öffentliche Gebäude. Insbesondere Einrichtungen mit vulnerablen Gruppen (bspw. Krankenhäuser, Kliniken, Pflegeeinrichtungen, Kitas, Schulen etc.) kommen bei länger andauernden Hitzeperioden häufig an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Hier gilt es, entsprechende Notfallkapazitäten zu sichern und überregional zu koordinieren.

Die Gefahren von Hitze gelten potenziell überall, d. h. sowohl in den Städten als auch auf dem Land. In Städten und Ortszentren ist insbesondere der Wärmeinsel-Effekt wirksam. In dicht bebauten und stark versiegelten Gebieten mit wenig Frischluftzufuhr heizt sich die Umgebung stark auf, speichert die Hitze und kühlt auch nachts nur schwerlich wieder ab. Für große Städte wie Würzburg gilt, dass die Temperaturen im Stadtkern bis zu 7°C und mehr über denen des Umlands liegen können. Auf dem Land kann ebenfalls große Hitze entstehen, vor allem in dicht bebauten Ortskernen, und hier sind medizinische Versorgung und Rettungsdienste oft nicht hinlänglich vorhanden. Gerade im ländlichen Raum ist daher eine überregionale Zusammenarbeit in Notfallsituationen gefordert.

Hitzeschutz muss als Querschnittsaufgabe begriffen werden und erfordert daher die enge Zusammenarbeit verschiedener Akteurinnen und Akteure aus den Bereichen Gesundheit, Umwelt, Soziales, Stadtplanung und Bevölkerungsschutz.